

# Rapports semestriels = Semesterberichte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin / Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten =  
Association Suisse des Professeurs d'Université**

Band (Jahr): **20 (1994)**

Heft 2-3

PDF erstellt am: **21.06.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

**Schweizerische Hochschulpolitik  
im Jahre 1993**

**La politique universitaire suisse  
de l'année 1993**

**Rapports semestriels  
Semestre d'hiver 1993/94**

**Semesterberichte  
Wintersemester 1993/94**

## Zwischen Sachzwang und Laisser-Faire

### Rückblick auf die schweizerische Hochschulpolitik des Jahres 1993

Rolf Deppeler

Schon in den Vorjahren sind im Bulletin der Vereinigung Schweizerischer Hochschuldozenten (VSH) gedrängte Überblicke über die wichtigsten Entwicklungen der eidgenössischen Hochschulpolitik erschienen. Ich unterziehe mich dieser heiklen Aufgabe erstmals und stand vor dem Problem, wie bei der Fülle der mir zugänglichen Informationen eine *sinnvolle Auswahl* zu treffen sei. Ich entschied mich für ein vergleichsweise objektives Kriterium, indem ich mich auf Angaben beschränke, die eine sehr angesehene Tageszeitung für publikationswürdig hielt. Dabei bin ich mir bewusst, dass manch Gutes, das unsere Hochschulen tagaus tagein tun, nicht an eine weitere Öffentlichkeit dringt.

#### Alter Wein ...

Die *Kontinuität* der schweizerischen Hochschulpolitik ist ein faszinierendes Phänomen. Mutatis mutandis hätten die Überblicke der Vorjahre übernommen werden können.

Die VSH hat zu Beginn des neuen Jahres (1994) eine Veranstaltung unter den Titel «*Wege aus der Finanzklemme*» gestellt. Die Schere, die sich zwischen den zu erfüllenden Aufgaben und den dafür verfügbaren Mitteln auftut, beherrscht die schweizerische Hochschulpolitik seit Jahr und Tag. Und weil wir ein föderativer Staat sind, mündet diese Problematik gern in entsprechende Auseinandersetzungen zwi-

schen Bund und Kantonen aus. Der Bund will die knappen Mittel, die ihm zur Subventionierung von Lehre und Forschung zu Gebote stehen, möglichst gezielt einsetzen (zugunsten der Weiterbildung, der Nachwuchsförderung, der Mobilität usw.), wogegen die Kantone beanstanden, selbst an sich erwünschte «Sondermassnahmen» dieser Art gingen zwangsläufig auf Kosten der «regulären Hochschulförderung» (Betriebs- und Investitionsbeiträge). Diesem Dauerszenario wurde an einer Tagung der Gesellschaft für Hochschule und Forschung (GHF) im Februar 1993 anschaulich Ausdruck gegeben.

Das Dilemma erheischt Auswege. Kein Wunder somit, dass die *Seeschlange Numerus clausus* wieder an der Oberfläche auftauchen durfte. Im Vorjahr (1992) hatte sich die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) noch mit der Empfehlung begnügt, die bisher säumigen Kantone (ZH, BE, NE) müssten entsprechende Rechtsgrundlagen bereitstellen. Im September 1993 hatte der bernische Grosse Rat aber kein Einsehen und lehnte die Regierungsvorlage, wenn auch mit knapper Mehrheit, ab. Im Dezember stellte die SHK daraufhin für das Studienjahr die Einführung von Hochschulzulassungsbeschränkungen in Aussicht und gab im Falle der gefährdetsten Disziplinen auch gleich noch die zusätzlichen Selektionskriterien bekannt: in der Medizin einen Eignungstest (allenfalls

verbunden mit einer Wartefrist) und in der Psychologie eine gezielte intrauniversitäre Selektion nach zwei Semestern.

Der Chronist erinnert sich an analoge Modelle zwanzig Jahre zuvor. Aber auch die *NC-Gegnerschaft* ist die gleiche geblieben, und sie bediente sich 1993 auch der gleichen Argumente wie damals. Seitens der Gymnasien wird darauf verwiesen, jedes zusätzliche Selektionskriterium verletze das Prinzip, wonach sich jeder erfolgreiche Maturand über seine allgemeine Hochschulreife ausweise. Die Studenten (VSS) sähen lieber Studienreformen statt Beschränkungsmaßnahmen. Und der Bund bekräftigte erneut sein Bekenntnis zu offenen Hochschulen, worauf die Hochschulkantone zu entgegnen pflegen, einem «Minderheitsaktionär» falle es leicht, derlei Lippenbekenntnisse abzugeben. Das bewährte Drehbuch blieb somit erhalten.

Bei jeder Verknappung der universitären Kapazitäten wird jeweils die Frage aufgeworfen, ob der Zugang zu den Hochschulen nicht nur von der individuellen Nachfrage nach Studienplätzen, sondern auch vom gesellschaftlichen Akademikerbedarf abhängig zu machen sei. Diese Frage gewann 1993 zusätzliche Brisanz, weil aus der neusten Studie der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für akademische Berufs- und Studienberatung (AGAB) hervorgeht, dass die *Arbeitslosigkeit junger Akademiker* zunimmt: 1991 waren 4,8%, 1993 aber 9,2% stellenlos, wobei die Sozialwissenschaften (14,7%) beispielsweise aber auch die höheren Fachschulen der Romandie (21,8%) am stärksten betroffen sind. Andererseits bekannte sich die ständerätliche Kommission für Wissenschaft,

Bildung und Kultur (WBK) im Februar zu Schwerpunktprogrammen zugunsten der Sozialwissenschaften. Ganz allgemein wurde die Befürchtung geäußert, zu Zeiten der Finanzknappheit gewinne die unmittelbare «Nützlichkeit» einer Hochschuldisziplin oder eines Forschungsprojekts einen zu hohen Stellenwert gegenüber der edlen Zweckfreiheit.

### ...in teilweise neuen Schläuchen

Zumeist alter Tabak also, aber partiell in gewandeltem Umfeld. Seit dem 1. Februar 1993 ist das *neue ETH-Gesetz* in Kraft, und seither heisst der altvertraute Schweizerische Schulrat ETH-Rat. Es handle sich um einen «Kompetenzschub nach unten», liess der damalige Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) verlauten. Falls das zuträfe, könnte es eine Signalwirkung auf kantonale Universitäten haben.

Jedenfalls scheint in der *Hochschullandschaft* einiges in Bewegung zu geraten, so auch regionalpolitisch. Ein eigenständiges «*Système universitaire romand*» (SUR) ist in Entstehung begriffen. Es geht offenbar nicht nur um eine wirksamere sprachregionale Koordination, sondern es lässt sich auch eine Stossrichtung einerseits gegen (angeblich oder wirklich) «autoritäre» Tendenzen der (eidgenössischen) Gruppe für Wissenschaft und Forschung (GWF) und andererseits gegen die selbstbewusste Stellung Zürichs ausmachen. Die ersten *Koordinationsfolge* wurden verbucht, und Genf verfolgte sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Die Zusammenlegung (mit verschiedenen Standorten) der Pharmazie-Institute VD und GE

ist einvernehmlich erfolgt, wogegen der Genfer Verzicht auf die Architekturschule zunächst eher Zwangscharakter hatte. (In den ersten Monaten 1994 ist dann auch diesbezüglich ein Kompromiss gefunden worden.)

Der Begriff der «kritischen Masse» ist im Berichtsjahr wieder vermehrt herbeibemüht worden. Die Universitäten Zürich (21'137 Studierende) und Genf (13'326) stehen, auch nach den statistischen Erhebungen 1993, in dieser Hinsicht nach wie vor am unangefochtensten da. Aber die «Kleinen» wappnen sich! Ein Zusammenarbeitskonzept über die Saane hinweg der Universitäten Bern (9'928), Neuenburg (3'045) und Freiburg (7'426) gab Gegensteuer («BE-NE-FRI»). Und in den Kantonen *Luzern* und *Tessin* keimten sanft neue Hochschulpläne. In LU wurde dazu im Juni eine Rechtsgrundlage bereitgestellt (mit der Theologischen Fakultät als Keimzelle), wogegen TI die Öffentlichkeit mit dem Projekt einer Architekturakademie überraschte, wozu wohl das Charisma des einheimischen Stararchitekten beitrug. Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) machte später klar, Universitätsneugründungen seien «höchstens aus staatspolitisch zwingenden Gründen» (etwa LU und TI) ins Auge zu fassen.

Die *Schweizerische Hochschulkonferenz* (SHK), das durch Bundeserlass eingesetzte eidgenössische Koordinationsorgan par excellence, sah sich ihrerseits veranlasst, sich neue Statuten zu verpassen. Die bisherigen tragenden Gremien «Plenum» und «Ausschuss» wurden durch eine «Versammlung» und einen «Rat der Hochschulträger» ersetzt. (Dieser letztere mus-

ste später, mit Rücksicht auf die ETH, auf Geheiss des Bundesrates in SHK-Rat umgetauft werden.) Es wird sich weisen, wie sich diese neue Organstruktur mit der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) einerseits und dem neu erwachten Selbstgefühl der Romandie andererseits verträgt. Der *Schweizerische Wissenschaftsrat* (SWR) stand nicht zurück und hat sich Gedanken darüber gemacht, wie sich die Hochschulen und die Forschung nach 1995 entwickeln könnten. Doch das greift schon in die Berichterstattung 1994 hinüber.

#### **Druck «von unten», «von der Seite» und «von oben»**

Die wichtigsten bildungspolitischen Prozesse des Berichtsjahres wurden *von aussen* – von den Maturitätsschulen, vom ausseruniversitären Tertiärbereich und von Europa – an die Hochschulen herangetragen.

Die Revision der *Maturitätsanerkennungsverordnung* (MAV) des Bundes hat alle hochschulpolitischen Instanzen bewogen, Stellung zu beziehen, was einleuchtet, sorgen die Gymnasien doch für das «Basismaterial» der Universitäten. Die Gretchenfrage: Sollen nur noch fünf fixe Fächer und vier Wahlfächer (bei drei Typen, die wir auch schon mal hatten) an die Stelle des seit Olims Zeiten geltenden Kanons von elf Fächern (bei inzwischen fünf Typen) treten? Der Disput schlug hohe Wellen, wiewohl am Prinzip des Gymnasiums als (fast exklusiver) Hochschulbrutstätte in keiner Weise gerüttelt wird. Das Festhalten an diesem Automatismus ist nicht dazu angetan, die Hochschulzulassungsproblematik in neue Bahnen zu lenken.

Im Berichtsjahr war auch das Vernehmlassungsverfahren des Bundes (EVD-BIGA) zur Schaffung von *Fachhochschulen* im Gang. Der Gesetzesentwurf ist anscheinend auf breite Akzeptanz gestossen. Angepeilt wird – im Verbund mit der Berufsmaturität – eine Aufwertung der bisherigen höheren Fachschulen im Ingenieur- (HTL), im Wirtschafts- (HWV) und im Gestaltungs- (HFG) Bereich. Weitere Bereiche der Tertiärstufe (Pädagogik, Kunst, Gesundheit, Soziales usw.) blieben einstweilen unberücksichtigt, was von den direkt Betroffenen bemängelt wurde. Der Konflikt ist programmiert. Weil für die traditionellen Universitäten (EDI) und die Fachhochschulen (EVD) unterschiedliche Subventionsmechanismen gelten und die restlichen höheren Schulbereiche ihrerseits nicht leer ausgehen möchten, kündigen sich anregende finanzpolitische Auseinandersetzungen an (Bund/Kantone,

Kantone untereinander), die auch künftig bildungspolitische Grundsatzfragen überlagern dürften.

Unabhängig vom Nein des Schweizer Souveräns zum EWR sendet *Europa* nach wie vor hochschulpolitische Impulse aus. Das Erasmus-Austauschprogramm stiess auf zunehmendes Interesse der Studierenden. Ein beträchtlicher Teil der Bundesmittel fliesst weiterhin in europäische Forschungsvorhaben. Im Juni haben die Kantone BS und BL Kredite für ein Basler Europa-Institut gesprochen. Und als feierliche Schlussapothese: Im Mai bekannte sich auch die Universität Freiburg zu Europa und verlieh dem spanischen König die Würde eines Ehrendoktors. Juan Carlos I. dankte für diese Auszeichnung und nannte unser Land, den Argentinier Jorge Luis Borges zitierend, einen «Turm der Vernunft und tiefen Glaubens» im Herzen Europas.

## Entre Contrainte et Laisser-faire

### Regard sur la politique universitaire suisse de l'année 1993

Rolf Deppeler

Au cours des années précédentes déjà les événements les plus importants de la politique universitaire fédérale ont fait l'objet d'aperçus succints publiés dans le Bulletin de l'Association suisse des professeurs d'université (APU). C'est la première fois que j'accepte cette tâche délicate et je me suis débattu avec le problème de savoir comment procéder à une *sélection judicieuse*, parmi la masse d'informations qui m'étaient accessibles. Je me suis décidé en faveur d'un critère relativement objectif, me limitant aux renseignements jugés dignes d'être publiés par un quotidien fort bien considéré. Ce faisant, je suis conscient que bien des événements quotidiens féconds de la vie universitaire n'ont pas la chance d'atteindre les oreilles du grand public.

#### Du vieux vin...

La *continuité* de la politique universitaire suisse est un phénomène fascinant. Mutatis mutandis les aperçus des années précédentes auraient bien pu être repris.

Au début de la nouvelle année (1994) l'APU a organisé une manifestation consacrée au thème «*Moyens de sortir de la crise financière*». Le fossé existant entre les tâches à accomplir et les moyens à disposition domine la politique universitaire suisse depuis fort long temps. Et comme nous sommes un Etat fédératif, cette problématique se traduit régulièrement par

des controverses entre la Confédération et les cantons. La Confédération désire que les moyens limités qu'elle a à sa disposition pour le subventionnement de l'enseignement et de la recherche soient autant que possible engagés dans des actions ciblées (en faveur de la formation continue, de l'encouragement de la relève, de la mobilité, etc.). De leur côté, les cantons objectent que de telles «mesures spéciales», souhaitables en soi, sont versées, par la force des choses, aux dépens des «mesures ordinaires» d'aide aux universités (subventions pour l'exploitation et pour les investissements). Ce scénario permanent a très bien été mis en évidence lors d'une manifestation organisée par la Société Université et Recherche (SUR) en février 1993.

Le dilemme exige une issue. Il n'est donc pas étonnant que le *serpent de mer* qui a pour nom *Numerus clausus* ait refait surface en 1993. L'année précédente, la Conférence universitaire suisse (CUS) s'était contentée de recommander aux cantons qui n'en avaient pas encore (ZH, BE, NE) de créer les bases légales nécessaires. Mais en septembre 1993, le Grand Conseil bernois, ne voulant pas entendre raison, refusa un projet correspondant de son gouvernement, certes avec une faible majorité. Cela n'empêcha pas la CUS, en décembre 1993, d'envisager l'introduction du NC en 1994 et de communiquer aussitôt les critè-

res de sélection supplémentaires pour les disciplines les plus menacées: en médecine un test d'aptitude (lie éventuellement à un délai d'attente); en psychologie, une sélection intrauniversitaire après le deuxième semestre d'études.

Le chroniqueur se souvient de modèles analogues discutés vingt ans plus tôt. De leur côté, *les adversaires* en sont restés, eux aussi, en 1993 aux mêmes arguments qu'à l'époque. Le gymnase souligne que tout critère de sélection supplémentaire porte atteinte au principe selon lequel tout bachelier a prouvé sa «maturité» pour toutes les disciplines universitaires. Les étudiants (UNES) préfèrent, aux limitations d'accès, une réforme des études. Et la Confédération renouvela son credo en faveur de l'ouverture des universités, sur quoi les cantons universitaires ont coutume de rétorquer qu'il est bien facile pour un «actionnaire minoritaire» de faire de telles déclarations. Le scénario qui a fait ses preuves est ainsi maintenu.

Aussitôt que les capacités d'accueil deviennent insuffisantes, on se demande régulièrement si l'accès aux universités ne devrait pas dépendre non seulement de la demande individuelle de places d'études, mais aussi des besoins de la société en universitaires. La question devint encore plus pertinente en 1993 par suite des résultats de la dernière étude de l'Association suisse pour l'orientation universitaire (ASOU), selon lesquels le *chômage des jeunes universitaires* est en augmentation: alors que le taux des demandeurs d'emploi était de 4,8% en 1991, il a passé à 9,2% en 1993, les sciences sociales (14,7%) ainsi que les écoles supérieures spécialisées de Suisse

romande (21,8%) étant les plus touchées. Par ailleurs, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (SRC) du Conseil des Etats se prononça, en février, en faveur d'un programme prioritaire pour les sciences sociales. De manière générale, l'on exprima la crainte qu'en période de disette financière «l'utilité directe» d'une discipline universitaire ou d'un projet de recherche risque de désavantager les domaines de culture générale ou de la recherche fondamentale.

### **... en partie dans de nouvelles barriques**

Donc pour la plupart du vieux tabac, toutefois dans un environnement quelque peu différent. Depuis le 1er février 1993, la *nouvelle loi des Ecoles polytechniques fédérales* est en vigueur, et depuis lors le Conseil suisse des écoles vénérable s'appelle le Conseil des EPF. Selon une affirmation de l'ancien chef du Département fédéral de l'intérieur (DFI), il s'agirait d'un «report de compétences vers le bas». Si c'était bien la réalité, cela pourrait constituer un signal pour les universités cantonales.

Il semble, en effet, que certaines choses se mettent en mouvement dans le *paysage universitaire*, cela également au niveau de la politique régionale. Un «*Système universitaire romand*» (SUR), relativement autonome, est en voie de formation. Manifestement, il ne s'agit non seulement d'une coordination plus efficace dans le cadre d'une région linguistique, mais on peut également observer un mouvement contre d'une part une tendance (prétendue ou réelle) autoritaire du Groupement (fédéral)



de la science et de la recherche (GSR) et d'autre part contre l'attitude prétentieuse de Zurich. Des premiers *succès de coordination* ont été enregistrés, et Genève les suit avec un œil qui rit et l'autre qui pleure. La «réunion» (avec des sites différents) des écoles de pharmacie de Lausanne et de Genève est manifestement un progrès, tandis que le renoncement genevois à son école d'architecture était, à l'origine, ressenti plutôt comme une contrainte. (Entretemps fut atteint, là aussi, un compromis.) La notion de «*masse critique*» surgit à nouveau de plus en plus dans le débat. Les relevés statistiques de l'année 1993 confirment que les universités de Zurich (21'137 étudiants) et de Genève (13'326) demeurent les moins attaquables à cet égard. Cependant les «petits» se protègent! Un concept de coordination franchissant la Sarine, associant Berne (9'928), Neuchâtel (3'045) et Fribourg (7'426), donnait la risposte («*BE-NE-FRI*»). Sans se laisser déconcerter, de nouveaux projets universitaires germaient doucement dans les cantons de *Lucerne* et du *Tessin*. LU a préparé une base légale (avec la Faculté de Théologie par noyau), alors que le TI a surpris l'opinion publique avec le projet d'une Académie d'architecture, auquel contribua sans aucun doute le charisme de l'architecte star du pays. Le Conseil suisse de la science (CSS) signala par la suite que la création de nouvelles universités ne devrait être envisagée «qu'en présence de raisons majeures de politique générale» (p.ex. à LU et au TI).

La *Conférence universitaire suisse* (CUS), organe de coordination «par excellence» sur le plan intercantonal, institué d'ailleurs

par une loi fédérale, s'est donné de sa part de nouveaux statuts. Le «Plenum» et le «Comité», ses anciens organes «décisionnelles», ont été remplacés par une «Assemblée» et un «Rat der Hochschulträger» (terme intraduisible). A la demande du Conseil fédéral, ce dernier fut rebaptisé sous le nom de «Rat de la CUS», notamment à cause des EPF. Il faudra observer comment cette nouvelle structure de la CUS pourra vivre en bonne intelligence avec la Conférence des recteurs des universités suisses (CRUS) d'une part et le nouvel esprit d'indépendance soufflant sur la Suisse romande (SUR) de l'autre. Le *Conseil suisse de la science* (CSS), ne voulant pas se tenir à l'arrière, a réfléchi au développement que devraient prendre les universités et la recherche après 1995. Ce sera toutefois matière pour le rapport de l'année 1994.

#### **Pression «du bas», «du côté» et «du haut»**

Les processus les plus importants de la politique de l'éducation durant l'année de rapport ont atteint les universités *depuis l'extérieur*, c'est-à-dire à partir des écoles de maturité, du domaine tertiaire extra-universitaire et de l'Europe.

La révision de l'*Ordonnance (fédérale) sur la reconnaissance des certificats de maturité* (ORM) a amené toutes les instances de la politique universitaire à exprimer leur avis, ce qui est normal, les gymnases préparant le «matériel de base» des hautes écoles. La question intournable: Peut-on remplacer le canon fixe de onze disciplines, en vigueur depuis les temps olympiens (avec depuis lors toutefois l'introduc-

tion de cinq types), par cinq disciplines obligatoires et quatre à options (avec trois types que nous avons déjà autrefois)? Les débats étaient (et sont encore) mouvementés, quoique le principe du gymnase comme (presque seul) tremplin pour l'université n'ait nullement été mis en cause. La maintenance de cet automatisme ne convient certainement pas pour orienter la problématique de l'accès à l'université vers de nouveaux horizons.

En 1993, a été mise en route la procédure de consultation de la Confédération (DFEP-OFIAMT) pour la création de *hautes écoles spécialisées*. Apparemment, le projet a été, généralement, bien accueilli. On vise – en association avec la maturité professionnelle – une revalorisation des écoles supérieures dans les domaines de l'ingénieur (ETS), de l'économie (ESCA) et des arts appliqués (ESAA). D'autres domaines du niveau tertiaire (pédagogique, beaux-arts, santé, social, etc.) n'ont provisoirement pas été pris en considération, ce qui fut désapprouvé par les milieux directement concernés. Le conflit est programmé. Étant donné que les mécanismes de subventionnement diffèrent pour les universités traditionnelles (DFI) et pour les

hautes écoles spécialisées (DFEP) et que, de leur côté, les autres domaines de la formation supérieure ne désirent pas rester les mains vides, on peut s'attendre à des controverses animées de politique financière (Confédération/cantons, cantons entre eux), qui devraient se superposer aux questions fondamentales de notre politique de formation.

Indépendamment du non du souverain à l'EEE, l'Europe demeure toujours une source d'impulsions pour notre politique universitaire. Le programme d'échanges Erasmus a suscité un intérêt grandissant de la part des étudiants. Une part considérable des moyens financiers de la Confédération a encore été versée dans les projets de recherche européens. En juin, les cantons de BS et de BL ont alloué des crédits pour la création d'un Institut européen à Bâle. Et le point culminant: En mai, l'Université de Fribourg se profilait sur la scène européenne en octroyant au Roi d'Espagne le titre de docteur honoris causa. Juan Carlos I remercia l'Université et désigna notre pays, avec Jorge Luis Borges, comme une «Tour de raison et de foi profonde» au cœur de l'Europe.

## Universität Basel

*Le «rapport structurel» adopté au semestre d'hiver 1993/94 forme la base de nouvelles mesures de réorganisation, avant l'adoption de nouvelles règles légales – Ce rapport constitue aussi la base d'une convention universitaire qui vient d'être signée entre Bâle-Ville et Bâle-Campagne – La convention prévoit d'associer davantage Bâle-Campagne aux nouveaux comités de direction de l'Université; elle prévoit aussi une augmentation massive de la contribution annuelle de Bâle-Campagne – Face à ce pas décisif vers une nouvelle Université de Bâle et vers une représentation paritaire des deux cantons, les autres innovations – création de l'Europa-Institut et relations intercantionales et internationales de l'Université croissantes – passent au second plan.*

Die Strukturreform liess auch im vergangenen Halbjahr alle andern Ereignisse an der Universität Basel in den Schatten treten. Die über zweijährige intensive Arbeit verschiedener Kommissionen hat zu mehreren «Berichten» geführt, die bereits im letzten Semesterüberblick vorgestellt worden sind. In der Zwischenzeit hat der Steuerungsausschuss am 11. März 1994 den von der Projektgruppe «Universitätsstruktur» am 13. 12. 1993 verabschiedeten Schlussbericht «Die Reorganisation der Universität Basel» genehmigt. Auf der Basis dieses Strukturberichts wurde jetzt eine Arbeitsgruppe gebildet, welche bereits vor einer neuen gesetzlichen Regelung mögliche konkrete Schritte in Richtung «Reorganisation der Universität Basel» vorschlagen soll.

Ebenfalls auf der Basis dieses Strukturberichts wurde am 30. März 1994 zwischen den beiden Regierungen von Basel-Stadt und Basel-Land ein neuer Universitätsvertrag unterzeichnet, der den jetzt noch bis 1995 geltenden Vertrag ablösen soll. Der Vertrag sieht vor, dass die Führungsstruktur der Universität, die bis jetzt kompliziert,

unübersichtlich und schwerfällig gewesen ist, vereinfacht wird und im neuen Führungsorgan «Universitätsrat» (anstelle der bisherigen Kuratel und des Erziehungsrates) eine paritätische Beteiligung beider Kantone vorsieht. Ein weiterer wichtiger Teil des Vertrages ist die Erhöhung des BL-Anteils an die jährlichen Kosten von über 433 Millionen Franken von jetzt 45 auf 75 Millionen auf unbestimmte Zeit. Dies ist noch keine paritätische Trägerschaft, Basel-Land wird mit dieser 65%igen Erhöhung dann 17% der Jahreskosten der Universität tragen. Das ist jedoch dreimal mehr, als nach dem Hochschul-Abkommen der Nidhochschulkanton an die Universität Basel zahlen müsste.

Jetzt müssen die beiden Parlamente und in Basel-Land wahrscheinlich auch das Volk dem neuen Universitätsvertrag noch zustimmen. Wenn viele nur auf die finanzielle Seite des Vertrages blicken, so muss doch betont werden, dass Bestandteil des Vertrags die neue Universitätsstruktur mit dem Universitätsrat als Leitungsgremium, den neuen Departementen zusätzlich zu

den Fakultäten und einer neuen Personalstruktur sein wird: eine Universitätsreform noch vor einem neuen Hochschulgesetz hier in Form eines interkantonalen Vertrages. Vom Gesamtpaket ausgenommen ist die Medizin. Dort gelten besondere Abmachungen. Es ist jedoch vorgesehen, dass die Kliniken des Kantons Baselland künftig in die Ausbildung der medizinischen Fakultät miteinbezogen werden sollen.

Zum Jahresende hat die Regenz-Kommission «Frauen an der Universität» eine Broschüre herausgegeben, in der das fünfjährige Bestehen dieser Kommission nicht «gefeiert», aber doch dokumentiert wurde. Der Untertitel des Heftes «Wie trotz klarer Ziele und ernsthafter Arbeit nichts entsteht» lässt bereits den Tenor des Berichtes erahnen. Hierzu passt noch die Weigerung der Regierung, eine universitäre Kinderkrippe einzurichten. Stattdessen wurde auf die Möglichkeit privater Initiativen verwiesen.

Noch nicht im Bericht enthalten ist eine positive Meldung zum Thema: Die Regierung hat im März 1994 als fünfte Professorin an der Philosophischen Fakultät die Amerikanerin Anne C. Shreffler auf ein Extraordinariat für Musikwissenschaft berufen.

Mit dem Wintersemester hat auch das neue Europa-Institut seine Lehr- und Forschungsarbeit aufgenommen. Das Institut wird vom Historiker Prof. Georg Kreis geleitet, beruht auf privater Trägerschaft und ist der Universität angegliedert. Das dort mögliche Postgraduierten-Studium wird mit einem «Master of Advanced European Studies» abgeschlossen, der von der Universität verliehen wird.

Als weniger erfreulich sind die von der Re-

gierung zu Beginn des Jahres 1993 vorgeetzten Sparziele und deren Durchführung zu bezeichnen. Die Fakultäten hatten im Bereich der Lektorate jeweils beträchtliche Volumina als Sparpotential zu melden. Die von Fakultätskommissionen zu leistende Sparoperation war eine sichtlich undankbare Aufgabe. Im Bereich der Philosophischen Fakultät konnte nach intensiven Bemühungen die vollständige Streichung aller Medien-Lektorate und damit die Tilgung des Restes der vor Jahren hoffnungsvoll begonnenen Medienwissenschaften im letzten Augenblick noch in ein Minimalvolumen umgewandelt werden.

Die Universität Basel wird zunehmend in in- und ausländische interuniversitäre Netze eingebunden. Das Regio-Programm der oberrheinischen Universitäten Basel, Mulhouse, Freiburg, Strasbourg und Karlsruhe funktioniert schon seit einiger Zeit vorbildlich. Die Beteiligung am europäischen Studentenaustauschprogramm ERASMUS nimmt ständig zu. Erfreulich ist dabei, dass Basler Fächer und Institute vermehrt von ausländischen Partnern angefragt werden. Die mit dem Austauschprogramm verbundenen Unterbringungs- und Betreuungsaufgaben stellen die Universitätsverwaltung und die Kontaktdozenten vor bisher ungewohnte Probleme. Für Basel neu ist auch die Möglichkeit, an den troisième-cycle-Programmen der westschweizer Universitäten teilzunehmen. Man fühlt sich durch die Einladung hierzu geehrt und glaubt allmählich selbst an den Spruch, der auch aus der Westschweiz stammen soll: Les Balois sont des Romands qui parlent allmand.

*Heinrich Löffler*

## Universität Bern

*Le Centre des sciences humaines et sociales UNITOBLER a été inauguré la première semaine du semestre d'hiver 1993/94 – Nouvelle loi sur le personnel: le corps professoral ne bénéficie plus d'un mandat fixe et le nombre d'heures d'enseignement hebdomadaires doit passer de 6 à 8 – La coopération avec les Universités de Fribourg et de Neuchâtel semble se mettre en marche – Parmi les nombreux congrès, il faut en relever deux: le Symposium «Le syndrome de 1950» et le Congrès «L'entretien des monuments aujourd'hui».*

Am 22. Oktober vergangenen Jahres, in der ersten Woche des Wintersemesters, war ein grosser Tag für unsere Universität: Das Zentrum für Geistes- und Sozialwissenschaften *UNITOBLER* ist offiziell eingeweiht worden. Es war ein veritables und auch kreatives Fest mit eigens komponierter Musik, mit couples, witzigen Sketcheinlagen und mit mehr oder weniger munteren Reden offizieller und weniger offizieller Persönlichkeiten. Über allem schwebte der Stolz derer, die das nun vollendete Werk geschaffen hatten, angefangen bei den trefflichen Architekten, den Beamten der Baudirektion, den Planungsbehörden der Universität und aufgehört bei den Institutsdirektoren, den Handwerkern, den Lieferanten aller Art und den Dekanen der betroffenen Fakultäten. Ja, es kann sich sehen lassen, «das» *UNITOBLER*. Was da in zwölf Jahren geschaffen wurde, in der Zeit zwischen dem ersten Bericht der Techniker und dem Kauf des Toblerareals bis zur Einweihung, gereicht nicht nur zum Schmuck unserer Universität, sondern repräsentiert moderne Baukunst in besonderer Weise: Die gesamte Gebäudeflucht, auch die Prunkfassade der ehemaligen Schokoladefabrik ist in ihrer ursprüngli-

chen Gestalt erhalten geblieben. Wer die Länggasse von der Stadt her heraufkommt, kann gegenüber früher keine Veränderungen wahrnehmen. Das ist anders zur Hofseite hin, wo der gewaltige Neubau der Bibliothek, das langgezogene sozialwissenschaftliche Institut und nicht zuletzt die «Kunst am Bau» keine Einheit mehr repräsentiert. Kurzum, Bestehendes ist hier akzeptiert worden, Neues gewagt. Man denke nur an die elegante Wendeltreppe, welche die Bibliothek erschliesst, an den interessanten Lichteinfall in den ehemaligen Fabrikationsräumen und jetzigen Bürofluchten, aber auch an die Kommunikationsräume, die Kaffeeküchen, die Gruppenräume und breiten Foyers. Die Universität dankt dem Berner Volk, das den hohen Kredit gesprochen hat, dem Bund und den vielen anderen «Spendern», vor allem aber auch dem kreativen Architektenteam und den Baumeistern, Handwerkern und Lieferanten. Jetzt wird es auf die Institute der philosophisch-historischen Fakultät ankommen, ob es ihnen gelingt, Leben ins Haus zu bringen. Das bedeutet z.B., dass die Dozenten im Institut sind, dass Assistenten ansprechbar bleiben auch während der Ferien, dass die Studie-

renden die Arbeitsplätze bevölkern und so ein *mutuum colloquium* zu wachsen vermag. Ein Geisteswissenschaftliches Zentrum steht und fällt mit seiner Gesprächskultur.

Noch in diesem Jahr werden die Informatiker das frühere Verwaltungsgebäude des Toblerareals verlassen und ihr grosszügiges neues Institut im früheren «Tierspital» beziehen können. Erst dann wird der letzte Bauabschnitt von UNITOBLER in Angriff genommen werden können, der den beiden theologischen Fakultäten endlich eine zentrale Wirkungsstätte bescheren soll. Ob das noch zur Verfügung stehende Geld zu etwas Gutem reichen wird? Ob der Lärm von der Länggasse gedämmt werden kann? Ob die Bibliothek mit der anderer Institute integriert zu werden vermag? Fragen über Fragen.

### **Weiteres Allgemeines**

aus der Welt der Akademie bewegt viele von uns: Der Beamtenstatus der Professoren soll fallen. Das neue Personalgesetz sieht keine Wahlperioden mehr vor für den Lehrkörper. Was bedeutet das für den einzelnen? Das Lehrdeputat soll von 6 auf 8 Wochenstunden erhöht werden. Dabei ist nicht so sehr an weitere Vorlesungen und Seminare gedacht, sondern an neue Unterrichtsformen und nicht zuletzt an eine sorgfältigere Begleitung und Beratung der Studierenden in Kleingruppen. Zumindest sollen die Dozenten und Dozentinnen über die Woche im Semester ansprechbar sein. Die über 16 Semester an unserer Universität studierenden Kommilitoninnen und Kommilitonen, die noch keinen akademischen Abschluss ihrer eigenen nennen, sollen

zur Kasse gebeten werden. Man denkt an eine Verdoppelung der Semesterbeiträge mit der Möglichkeit einer weiteren Steigerung. Und wie steht es mit den Lehrdeputaten des Mittelbaus? Gibt es da nicht zahlreiche «Fälle» von Überforderung und sogar «Ausnützung» auf Kosten der wissenschaftlichen Qualifikationen der Betroffenen?

### **Wissenschaftliches**

Zuerst etwas Wissenschaftsorganisatorisches: Die interuniversitäre Zusammenarbeit zwischen den Universitäten Bern, Freiburg und Neuenburg, zuerst etwas nur auf dem Papier Sichtbares, scheint in Gang zu kommen. Botaniker, Geologen und Mineralogen, Informatiker und Romanisten haben hochschulübergreifende Kommissionen gebildet, um einen Dozentenaustausch zu organisieren. Wichtig und vorbildlich, dass die an einer anderen Hochschule erbrachten Leistungen auf das Lehrdeputat angerechnet werden und natürlich auch keine Extra-Einkünfte einbringen. Wir werden das Unternehmen beobachten. Aus der Fülle der Symposien, Fachtagungen, Kongresse möchte ich wieder zwei hervorheben: An erster Stelle nenne ich das Symposium «Das 1950er Syndrom». Hinter diesem einigermaßen ängstlichen Titel verbirgt sich ein Forschungsprojekt zur seit 1950 grassierenden Ressourcenverschwendung und zur gegenwärtigen Verschärfung der Umweltproblematik, das grosse Beachtung verdient. Interessant die Interdisziplinarität des Unternehmens und der sichtbare Versuch, die je eigene Fachsprache zu entschlacken. Erwähnenswert erscheint mir

auch der Kongress «Denkmalpflege heute» den das Institut für Kunstgeschichte im Oktober 1993 durchgeführt hat. Bemerkenswert dabei, dass «Denkmäler» nicht auf Repräsentativbauten der Städte beschränkt wurden, sondern auch Bauernhaus, Stall und Scheune Erwähnung fanden.

Natürlich könnte jetzt auch noch aus fast jedem Institut «Wissenschaftliches» berichtet werden. Wer mehr davon erfahren möchte, den verweise ich auf den im Erscheinen begriffenen Forschungsbericht der Universität Bern für die Jahre 1992 und 1993, der über die Pressestelle der Universität Bern, Schösslistr. 5, 3008 Bern erhalten werden kann.

### Vermischtes

In Bern gibt es seit dem Wintersemester einen Lehrstuhl für Komplementärmedizin. Es war ein weiter Weg bis dahin. Die Seniorenuniversität, die sich eines gewaltigen Erfolgs freuen kann, besteht seit 10 Jahren. 25 Jahre gibt es in Bern eine Diplomturnlehrerausbildung. Politologie und Soziologie sollen in absehbarer Zeit in Bern als Hauptfach studiert werden können. Die Weiterbildung an der Universität wird langsam im Bewusstsein der Fakultäten heimisch. Ihre Erfolge mit Kursen aus fast allen Fakultäten lassen sich sehen.

*Klaus Wegenast*

## Université de Fribourg

*Arbeitslosigkeit unter den Absolventen der Universität – Studenten und Dozenten verteilen eine Petition unter den Mitgliedern des Grossen Rates, in der sie versuchen, die Rolle der Universität in der heutigen Gesellschaft zu erläutern – BENEFRIO-Koordination zwischen den drei Universitäten Bern, Neuchâtel und Fribourg – Revision des Universitätsgesetzes – Der Dies academicus 1993 – Ein Tag der Frau an der Universität.*

Après des vacances où les activités scientifiques ont pu prendre le dessus sur les autres tâches – on signalera un congrès de la Societas Liturgica en août et un important congrès de physique nucléaire qui a siégé du 20 au 24 septembre –, la rentrée a ramené son cortège de tâches pédagogiques et administratives. Les premières furent rendues plus ardues par la croissance des effectifs d'étudiants – ils sont près de 8000 – et la pénurie de locaux, qui oblige sou-

vent les intéressés à des exercices de haute voltige que ne facilitent pas les difficultés économiques que traverse notre pays. Elles affectent particulièrement les jeunes diplômés. En juin dernier, le journal des étudiants *Spectrum* éditait un sondage effectué parmi les diplômés de l'Université de 1992. 17% d'entre eux auraient bénéficié de l'assurance-chômage et, six mois après l'obtention de la licence, 14% étaient encore sans travail. Après une année, 5% des

diplômés n'avaient pas encore d'emploi. L'Association des cadres intermédiaires engage environ 30 de ses membres dans diverses instances de l'Université. Dans son dernier rapport d'activité, portant sur l'année universitaire écoulée, elle analyse sans complaisance les résultats de la pétition qu'elle avait lancée sur la politique d'économie de l'État et de la Confédération. Le 15 septembre 1993, le Sénat était informé que le Conseil d'État avait décidé, à titre expérimental, d'introduire un concept d'enveloppe budgétaire concernant la charge nette du Canton en faveur de l'Université. En respectant cette enveloppe, le Rectorat a pu établir un budget en légère croissance, mais le refus par le Souverain de la loi sur l'augmentation des impôts cantonaux a obligé le Grand Conseil à réaliser de nouvelles économies. Face à ce danger, l'AGEF (Association des étudiants) et l'Association des Cadres Intermédiaires ont appelé à un Forum pour un État social, qui a abouti à une pétition distribuée aux députés du Grand Conseil lors de la session parlementaire du 11 au 14 janvier, cependant que des étudiants, des chercheurs et de professeurs tentaient d'expliquer aux parlementaires le rôle de l'université dans la société actuelle. Ces contacts, qui furent cordiaux, ont révélé à quel point l'université est encore méconnue aujourd'hui.

Au mois de janvier 1993, les trois conseillers d'État directeurs de l'Instruction publique des cantons de Berne, Neuchâtel et Fribourg signaient une convention de collaboration entre les universités des trois cantons. Dénommée BENEFRU, elle favorise la coordination de l'enseignement et

de la recherche. Cette convention intéresse au premier chef l'Université bilingue de Fribourg, qui se trouvait souvent en position de faiblesse face à des institutions résolument monolingues : grâce à cet accord, c'est une région entière d'Europe qui se dote d'un enseignement supérieur bilingue. On ne s'étonnera donc pas que quelques mois à peine après cet événement, cinq conventions de branche aient été signées en sciences ou en lettres. Deux autres viennent d'être signées en mars 1994. Plusieurs autres sont en voie d'élaboration. Dans le cadre de la révision des lois universitaires, les différents organes de l'Université ont été appelés, durant le semestre d'été 1993 à prendre position sur l'avant-projet de loi universitaire que leur proposait la DIP. Au vu des résultats de la consultation, le Directeur de l'Instruction publique a donné mandat à la commission préposée à la révision des lois universitaires d'approfondir le texte de l'avant-projet en vue de mieux recueillir encore la voix de l'Université et d'explicitier un certain nombre de points. Un nouvel avant-projet devrait être soumis au Conseil d'État dans le courant de l'année. Le 2 décembre, le Sénat approuvait le document «Planification 1996/99 de l'Université de Fribourg» élaboré par le Rectorat sur la base des propositions des facultés. Ce document définit les conditions du développement quantitatif et qualitatif envisagé pour la période en question, sur la base d'une croissance réelle nécessaire de 8% (2 % par année). Le 7 février, le Conseil d'État a décidé de procéder à une évaluation d'ensemble de l'université, dont il a chargé un comité d'évaluation créée pour la circonstance.



Le Dies Academicus du 15 novembre 1993, où la leçon inaugurale était prononcée par le vice-recteur Otto Wermelinger sur le thème du manichéisme, permit au président d'honneur, le Dr Otto Piller et au Recteur H. Meier d'évoquer les grands problèmes que rencontre l'université et quelques uns des défis qu'elle doit relever. Au cours de la cérémonie, six docteur(e)s honoris causa furent créé(e)s : Mme Josi Meier et MM. Franco Biffi, Zbigniew Grabowski, Bengt Nirje, Heinrich Steinmann, Rudolf Zahradnik; des prix et de nombreuses distinctions honorifiques furent attribués, notamment à M. Émile Aebischer, le peintre Yoki, tandis que l'ancien Conseiller d'État M. Marius Cottier se voyait conférer le titre de sénateur honoraire de la Haute école. Le 10 novembre, le Conseil fédéral a nommé le Prof. G. Gaudard, ancien recteur, à la présidence de la nouvelle Commission de la Statistique fédérale.

La vie universitaire fut encore marquée par quelques événements mémorables. Le

7 décembre fut une journée particulière à l'Université de Fribourg. Un grand nombre d'étudiantes et d'enseignantes se sont rencontrées pour une journée d'action et de réflexion sur la condition féminine dans l'Alma mater. Du 3 au 5 février, avait lieu le neuvième colloque interdisciplinaire sur les droits de l'homme organisé par le *Centre interdisciplinaire d'éthique et des droits de l'homme* de l'Université de Fribourg, en coopération avec la Commission nationale suisse pour l'Unesco sur le thème de la corruption. Le même mois paraissait le numéro d'*Universitas Friburgensis* 2/93-4 intitulé *Weltreise durch fünf Fakultäten – Tour du monde en cinq facultés*. Il offre un tour d'horizon des collaborations internationales de la Haute école dans le domaine de la recherche et de la formation. Le prochain numéro sera consacré aux *frontières* économiques, culturelles et politiques.

*Marcel Piérart*

## Université de Genève

*Auswirkungen der finanziellen Schwierigkeiten des Kantons – Aufhebung der Architekturschule, Zusammenarbeit mit der EPFL, Schaffung eines Architektur-Instituts – Änderungen im Universitätsgesetz. Projekt eines Gesetzes über die Leitung der Universität – Evaluation in Lehre und Forschung – Vierjahres-Plan: Betonung der multifakultären Programme und der postgraduierten Ausbildung – Neues Studien-Reglement für die Rechtsfakultät – Projekt einer Lizenz «Unterricht auf der Primarstufe».*

Les difficultés financières du canton et de la confédération ont continué de marquer la vie de l'université au cours du semestre d'hiver 93-94. La réduction de budget de 2% a résulté en une diminution de quelque cinquante postes. Par ailleurs, plusieurs mesures d'urgence ont été proposées et donnent actuellement lieu à discussion (et à contestation), telles l'augmentation des taxes pour les étudiants, et l'abaissement de l'âge de la retraite pour les professeurs nommés sous l'ancienne loi.

Le nouveau projet de collaboration entre l'EPFL et l'Université de Genève concernant la formation des architectes doit être vu dans cette perspective économique où nécessité fait loi, ici, la nécessité de faire plus avec moins de ressources. Ce projet repose sur un découpage et un partage des enseignements. Les enseignements de premier cycle seront assurés à Lausanne, ceux de deuxième et troisième cycles se répartissent entre l'EPFL et l'UNIGE. Quatre «centres de gravité» sont prévus à Genève: l'urbanisme et l'aménagement du territoire; la sauvegarde du patrimoine bâti; l'architecture et les arts appliqués, et enfin, le paysage. Cette réorganisation en profondeur résulte en la disparition de l'Ecole d'architecture, et la création d'un Institut

d'architecture. En conséquence, l'université n'accueillera plus d'étudiants en architecture en automne 1994.

D'autres modifications de la loi sur l'université sont actuellement en discussion. A la suite d'un rapport élaboré par différentes personnalités genevoises constituées en un «Groupe de réflexion sur l'université», un projet de loi modifiant les structures de gestion de l'université a été déposé le 3 janvier 1994. Alors que l'Association des professeurs de l'université de Genève lançait un premier débat sur ce sujet, le 29 novembre 1993, différentes instances universitaires ont eu à se prononcer sur le projet. Le Collège des recteurs et doyens, le Conseil de l'université et le Sénat ont ainsi largement débattu, aussi bien des principes sous-jacents à la révision de la loi que des modifications proposées. Si le renforcement du rectorat et de l'autonomie de l'université, mentionné dans l'exposé des motifs des initiants, emporte l'adhésion unanime, on ne saurait en dire autant des mesures concrètes qui sont proposées — que ce soit dans la définition des compétences des différents organes ou leur mode de constitution ou d'élection. Le Grand Conseil prendra vraisemblablement sa décision durant le semestre d'été.

Le rectorat, répondant à une exigence exprimée tant par le Conseil suisse de la science que par la Conférence universitaire suisse, avait mis sur pied l'an dernier une procédure d'évaluation des unités d'enseignement et de recherche. Trois groupes de données sont pris en compte: une base «objective» recensant les ressources et les productions de l'unité; un rapport d'autoévaluation; et un rapport d'évaluation extérieure fourni par trois experts. Dix UER ont pu être évaluées cette année, permettant du même coup l'évaluation... de l'instrument d'évaluation!

La situation défavorable mentionnée au début de ce rapport n'a pas empêché les innovations ni freiné les projets, mais elle a marqué en particulier le plan quadriennal. L'accent y est mis sur les programmes plurifacultaires et la formation postgrade (seuls trois projets facultaires ont été retenus). Cette tendance est en droite ligne avec les nombreux projets de partenariat et de conventions de coordination. Une dizaine de programmes interdisciplinaires, impliquant des unités fort diverses, sont ainsi prévus. Ils vont de l'éthique à l'informatique, de la démocratie directe aux neurosciences cognitives. Par ailleurs, de nombreux colloques ou manifestations ont fait la preuve de l'esprit d'ouverture et de collaboration qui avait motivé l'exposition et la fête de «l'Uni à coeur ouvert» organisée en juin 93. Mentionnons le colloque Rousseau-Goldoni, organisé conjointe-

ment par la faculté des lettres, la Société J.-J. Rousseau, le groupe d'Etudes du XVIIIème siècle, et le Conservatoire de musique de Genève; le colloque commémoratif Charles Bonnet, qui associait la faculté des sciences, celle des lettres, l'Association pour le musée d'histoire des sciences, l'Institut Louis-Jeantet d'histoire de la médecine, et la Société de physique et d'histoire naturelle de Genève; ou enfin le Symposium sur la Traduction banque & finance, réunissant des forces de l'Ecole de traduction et d'interprétation, de la faculté des sciences économiques et sociales et de l'Institut universitaire des hautes études internationales.

Pour terminer, il convient de relever deux innovations, au chapitre d'une chronique des facultés et écoles. La faculté de droit s'est donné un nouveau règlement d'études qui entrera en vigueur cet automne. Un des points marquants du nouveau curriculum est l'exigence de quatre ans d'études pour l'obtention de la licence. En faculté de psychologie et sciences de l'éducation, un projet de licence mention «enseignement primaire» est en discussion. L'acceptation du principe même d'une formation universitaire pour les instituteurs et institutrices constitue un changement d'attitude important, et peut impliquer une réorganisation notable des enseignements de la faculté.

*Christiane Gillieron*

## Ecole polytechnique fédérale de Lausanne

*Besuch der holländischen Königin – Zusammenarbeit in der Informatik mit dem «Cray Research» – Aktionsprogramm für die Realisation der Geschlechtergleichheit – Schweizer Wirtschaft übernimmt die industrielle Anwendung der von Prof. Graetzel entwickelten Sonnenzellen – Besuch der Rektoren und Professoren deutschweizerischer Gymnasien – Koordination in der Architektur mit der Universität Genf – 425 neue Diplomanden.*

### Une Reine honore l'EPFL

Visite de l'année le 5 novembre 1993 puisque l'EPFL a eu l'honneur d'accueillir Sa Majesté la Reine Beatrix des Pays-Bas et son mari le Prince Claus. En visite d'Etat en Suisse, ils ont choisi l'EPFL pour terminer leur périple helvétique de trois jours. Les souverains hollandais étaient accompagnés du président de la Confédération, le conseiller fédéral Adolf Ogi, et de la cheffe du Département de l'intérieur, la conseillère fédérale Ruth Dreifuss. Les visiteurs ont sillonné l'EPFL pour découvrir le Tokamak du CRPP, le laboratoire de lumière naturelle du LESO, l'expérimentation architecturale au LEA et les cellules solaires à colorants.

### De la microtechnique à l'Europe

Une délégation du Conseil d'Etat neuchâtelais, composée de MM. Francis Matthey, président, Jean Guinand et Maurice Jacot, a reçu, en date du 1er novembre 1993, au Château de Neuchâtel, en présence du rectorat, la direction in corpore de l'EPFL, sous la conduite de son président, le professeur Jean-Claude Badoux. Cette entrevue a mis en évidence la nécessité de renouveler à l'avenir le tissu industriel de notre pays à travers l'enseignement et la

recherche. A cette fin, il a été décidé de renforcer le partenariat entre l'EPFL, l'Université de Neuchâtel et le Centre suisse d'électronique et de microtechnique (CSEM SA) dans le domaine de la microtechnique.

Sur invitation du Secrétaire d'Etat Heinrich Ursprung, directeur du Groupement de la science et de la recherche au Département fédéral de l'intérieur, le Secrétaire d'Etat portugais à la science et à la recherche, M. Manuel de Carvalho Fernandez Thomas, a rendu une visite les 8 et 9 novembre à son homologue suisse. Thème central des discussions: la position portugaise dans la négociation bilatérale de la Suisse avec la Communauté européenne. Le but en est la participation pleine et entière de la Suisse au prochain programme cadre de recherche de la communauté qui devrait entrer en vigueur dès 1995.

### L'EPFL pôle européen d'un réseau mondial

L'EPFL et Cray Research – leader mondial dans le calcul à hautes performances – ont signé en novembre 1993 un très important accord de collaboration dans le domaine de l'informatique du futur dont les incidences scientifiques, puis industrielles

seront majeures d'ici à la fin de cette décennie. L'accord a été signé le 28 octobre, pour l'EPFL, par son président, le professeur Jean-Claude Badoux, et par M. Jean-Jacques Paltenghi, directeur de la planification et de la recherche, et pour Cray Research, par MM. John F. Carlson, président directeur général, et Robert Lévy, vice-président pour l'Europe.

### **Un programme d'action pour l'égalité femmes-hommes**

Prendre des mesures pour établir l'égalité entre hommes et femmes est l'une des priorités de la Direction. Un programme d'action proposant une série de mesures concrètes a été mis en oeuvre pour la période 1993-1996. Il a pour objectif prioritaire d'augmenter le nombre de femmes diplômantes, doctorantes, ainsi que le nombre de femmes professeurs, tout en permettant à ces femmes de concilier carrière professionnelle et famille. Pour y parvenir les moyens sont notamment les suivants:

- nomination d'une déléguée à l'égalité de l'EPFL, qui sera appuyée par un groupe de travail
- offre de sept bourses de doctorat féminin d'ici à 1996, les durées maximales du doctorat (3 ans en principe) pourront être prolongées pour des personnes à temps partiel et exerçant des responsabilités familiales
- adaptation du taux d'occupation des personnes ayant des responsabilités familiales, y compris pour les postes de cadre.

Par ailleurs, deux postes de professeurs assistants ont été créés pour des femmes. Deux candidates ont été nommées der-

nièrement après une procédure par appel. Bien évidemment, l'excellence est restée le premier critère de choix.

### **Cellules solaires à colorant: l'industrie suisse fonce**

Leclanché SA à Yverdon-les-Bains et l'EPFL ont signé le 25 novembre 1993 un accord de coopération pour valoriser les célèbres cellules solaires à colorant inventées par le professeur Michael Graetzel. L'accord conclu – le premier avec une entreprise suisse – consiste en un contrat de collaboration et de licence. Il donne le droit à Leclanché SA de fabriquer, en utilisant les brevets détenus par l'EPFL, et de vendre des cellules d'une puissance maximale de 100 Watt par module. Les applications potentielles touchent, par exemple, les appareils portables à affichage digital, les accumulateurs pour éclairage de secours ou encore la serrurerie électronique. Le 17 décembre, Glas Trösch SA à Bützberg (Berne) signait avec l'EPFL un contrat de licence et de collaboration permettant à l'entreprise suisse alémanique le développement et l'application industrielle de la «cellule Graetzel».

### **Le mariage de la robotique et du virtuel**

Les systèmes robotisés, même très performants, sont difficiles à programmer. Pour donner des ordres au robot, il faut décomposer les mouvements qu'il devra effectuer et définir ainsi, segment par segment, sa trajectoire, ce qui est une méthode parfois fastidieuse. La gestion des systèmes robotisés est cependant sur le point de faire un bond considérable, grâce à la réalité virtu-

elle, qui permet à l'utilisateur d'un robot de manier son appareil avec une facilité nettement accrue. L'idée de base est qu'il est possible de définir un monde informatique dans lequel l'opérateur peut évoluer et définir de manière intuitive les opérations à exécuter par le robot. Ces ordres sont ensuite communiqués au monde réel. En pointe de ces recherches, le groupe «Vision» de l'Institut de microtechnique de l'EPFL, qui a engagé une collaboration avec la NASA (l'agence spatiale américaine). Cette collaboration a fait l'objet d'une démonstration devant la presse, un des robots de l'EPFL étant téléopéré depuis la NASA.

### **Recteurs et professeurs de gymnases alémaniques à l'EPFL**

Des recteurs et des professeurs de gymnases alémaniques ont été reçus à l'EPFL fin décembre 1993 par le professeur Dominique de Werra, vice-président de l'institution. La délégation de 28 personnes a visité les laboratoires d'écotoxicologie et de système d'information du territoire en génie rural, ceux de robotique, d'assemblage et d'optique appliquée en microtechnique, ainsi que ceux s'occupant de métaux et alliages ou de polymères en matériaux. La journée s'est poursuivie par une rencontre avec des anciens gymnasiens devenus étudiants à l'EPFL. Cette rencontre fut une source de contacts qui vont permettre d'améliorer encore l'information des gymnasiens alémaniques sur les possibilités d'études à l'EPFL.

### **EPFZ-EPFL: on coopère!**

Les directions des Ecoles polytechniques

fédérales de Zurich (EPFZ) et Lausanne (EPFL), ainsi que le Conseil des EPF souhaitent promouvoir la coopération entre les deux hautes écoles. Résultat tangible de cette volonté: la convention signée le 26 janvier 1994 entre l'Institut d'économie rurale de l'EPFZ (IER) et le Département de génie rural de l'EPFL (DGR). L'Antenne romande de l'Institut zurichois, sis à Château d'Oex, déménage à l'EPFL, à Ecublens, dans les locaux du Département de génie rural. La convention règle les modalités de la coopération dans le cadre de cette nouvelle installation qui s'achèvera à la fin de l'été.

Si l'EPFZ et l'EPFL coopèrent dans le domaine scientifique, elles rivalisent par contre au cours d'une compétition sportive, confrontation amicale s'entend! Le «Challenge EPFZ-EPFL» 1994, troisième édition, s'est déroulé sur les pistes enneigées de Grindelwald, et a tourné à l'avantage de l'EPFZ. Avec cette première victoire, le score est ramené à 2-1 en faveur de Lausanne. Le «challenge» se trouve relancé et l'édition 1995.

### **Architecture en Suisse romande: l'EPFL et l'UNI de Genève collaborent**

Les discussions sur la collaboration pour les études d'architecture entre l'Université de Genève et l'EPFL ont été longues. Interrompues depuis avril 1993, elles ont repris en automne et se sont terminées le 4 février 1994 par un accord de collaboration entre l'Ecole d'architecture de l'Université de Genève (EAUG) et le Département d'architecture de l'EPFL. L'accord prévoit notamment que Genève abandonne le premier cycle. Il n'y aura plus d'imma-

tricolations de nouveaux étudiants à Genève dès la rentrée 1994. Cet accord consiste à faire plus avec moins de ressources (économie de 10%). Le développement de synergies entre Genève et Lausanne doit permettre une diversification et un renforcement de l'offre en formation en architecture.

### **Les diplômés EPFL 1994!**

L'EPFL vient de célébrer ses tout frais et toutes fraîches ingénieurs et architectes. Au palmarès des sections, l'architecture arrive en tête avec 73 diplômés, suivie de la microtechnique (60), et du génie civil

(48). Au total, 426 jeunes diplômées, dont 64 jeunes femmes, soit 15%. Jean-Claude Badoux, président de l'EPFL, a adressé un message d'espoir à ce nouveau bataillon de l'innovation technologique et industrielle au moment où «petit à petit le pays reprend confiance». En entamant leur carrière professionnelle, les nouveaux diplômés doivent déjà penser «postformation» et ne pas perdre de vue le rôle important qu'ils ont à jouer dans la sauvegarde de l'environnement et pour un développement durable de nos sociétés, a rappelé le président Badoux.

*André Musy*

## **Université de Lausanne**

*Gründung der «Westschweizerischen Hochschulkonferenz» – Strukturreform der Universitätsleitung – Koordination mit der Universität Genf – 8500 Studenten immatrikuliert! – Abschluss der Zusammenarbeitsverträge mit der Universität Kyoto und der Universität Pierre et Marie Curie in Paris – M. Schöpf, Generalsekretär der Universität, wird ab 1. Januar 1994 Präsident der Sekretäre-Konferenz.*

M. Pierre Cevey, Chef du DIPC du canton de Vaud depuis 1984, n'a pas souhaité présenter sa candidature aux élections cantonales du mois de mars 1994. L'Université de Lausanne regrette le départ d'un magistrat ouvert, courtois et bienveillant à son égard.

### **Création de la Conférence universitaire de Suisse occidentale**

La Conférence universitaire de Suisse occidentale a été créée le 12 février 1994

dans les murs de l'UNIL à Dorigny. Cette institution, qui se substitue à la Conférence universitaire romande, est présidée par M. le Conseiller d'Etat Jean Guinand, Chef du DIP du canton de Neuchâtel. M. Pierre Ducrey, Recteur de l'UNIL, préside la nouvelle Commission de coordination de Suisse occidentale.

L'objectif de la Conférence est de réaliser une véritable mise en commun des ressources des Hautes Ecoles participantes (Universités de Berne, Fribourg, Genève, Lau-

sanne, Neuchâtel et EPFL) par le partage des tâches et des compétences, ainsi que par des collaborations dans les différentes disciplines scientifiques. Le réseau universitaire de Suisse occidentale est allié aux universités des régions limitrophes, ainsi qu'aux cantons du Jura, du Valais et du Tessin. La mobilité des étudiants y sera favorisée, ainsi que celle des enseignants, qui pourront être nommés simultanément dans plusieurs Hautes Ecoles.

Les Hautes Ecoles membres du réseau entendent promouvoir:

- la vitalité scientifique d'un espace universitaire appelé à affirmer davantage encore son rayonnement et sa capacité concurrentielle;
- une offre en formation plus diversifiée, parce que mieux organisée; l'augmentation des prestations des Hautes Écoles dans le cadre des moyens disponibles ;
- la réalisation d'économies de moyens là où c'est possible à la faveur des répartitions des tâches et de la spécialisation des Hautes Écoles concernées.

### **Réforme des structures de gestion de l'UNIL**

En automne 1993, les députés Michel Bonnard et Jean-Claude Rochat déposaient au Grand Conseil des motions visant à la réforme des structures de gestion de l'Université. Les motionnaires s'exprimaient notamment en faveur d'une modification du système de désignation du recteur (passage à un régime présidentiel, où le recteur serait nommé par le Conseil d'Etat).

En mars 1994, le Conseil d'Etat du canton de Vaud a décidé de charger un groupe de

travail de préparer un avant-projet de nouvelle loi sur l'Université. La nouvelle loi devrait entrer en vigueur en 1997. La durée du mandat du Rectorat appelé à entrer en fonction le 1er septembre 1995 pourrait ainsi être limitée à deux ans.

### **Collaboration interuniversitaire**

#### *Collaboration entre les Facultés des sciences des Universités de Lausanne et de Genève*

Les Facultés des sciences de l'Université de Lausanne et de Genève ont créé des commissions de branches dans les disciplines scientifiques suivantes: mathématique, informatique, physique, cristallographie, chimie, biologie, sciences de la Terre. Les développements proposés doivent viser à la réalisation de la plus grande complémentarité possible entre les deux facultés dans les domaines de l'enseignement et de la recherche. Ils seront assortis de propositions relatives à l'harmonisation des plans et des durées d'études, ainsi que des dénominations des grades. Le rapport final, contenant l'ordre de priorité des différents projets de coordination, ainsi que le calendrier général de réalisation des objectifs prévus, parviendra aux Rectorats des deux Hautes Ecoles au cours du mois de mai 1994.

#### *Collaboration Vaud-Genève dans le domaine de la médecine:*

Cette collaboration a notamment porté sur la Santé au travail (création d'une fondation universitaire romande), ainsi que sur l'histoire de la médecine (consultations en cours).



## Affaires étudiantes

### *Evolution des effectifs de l'UNIL*

L'Université de Lausanne comptait quelque 8'500 étudiants à la rentrée 1993. Par rapport à l'année académique 1992-1993, l'augmentation est d'environ 3,5 %. Les évolutions diffèrent d'une faculté à l'autre: les effectifs des Facultés des lettres, de droit et des sciences augmentent substantiellement, alors que ceux des Facultés des SSP et de l'École des HEC diminuent.

### *Avancement du délai d'immatriculation au 1er juin dès 1995*

Le Rectorat de l'Université a décidé d'avancer le délai d'immatriculation au 1er juin, à partir de l'année académique 1995-1996.

## Relations internationales

### *Accords bilatéraux et multilatéraux*

L'Université de Lausanne participe à plus de 50 accords bilatéraux et multilatéraux qui la lient aux universités du monde entier et permettent des échanges d'étudiants, de chercheurs et de professeurs.

A la fin de l'année 1993, l'UNIL a signé plusieurs nouveaux accords, dont l'un avec l'Université de Kyoto et un autre avec l'Université Pierre et Marie Curie de Paris. Plusieurs conventions avec des institutions d'Amérique du Nord sont en préparation (University of Michigan, Cornell University, Brown University, Texas A&M et Ottawa).

## ERASMUS

L'Université de Lausanne participe à 25 Programmes Interuniversitaires de Coopération (PIC) ERASMUS. Elle a posé sa candidature pour la coordination de deux nouveaux PIC, ainsi que pour une participation à dix PIC supplémentaires au cours de l'année 1994-1995.

## Divers

### *Cours général public 1994*

L'Université de Lausanne a organisé son cours général public sur le thème: «Sciences : raison et déraisons». Ce cours a remporté un vif succès auprès du public lausannois et vaudois.

### *Conférence des Secrétaires généraux des Hautes Écoles suisses*

M. Peter Schöpf, Secrétaire général de l'Université de Lausanne, a été nommé à la présidence de la Conférence des Secrétaires généraux des Hautes Ecoles suisses à partir du 1er janvier 1994. Il succède à M. Peter Mürner, Directeur académique de l'Université de Berne.

### *Nouveau central téléphonique*

Le nouveau central téléphonique de l'UNIL est entré en fonction le 5 avril 1994. L'ensemble des numéros de l'Université ont été modifiés à cette occasion, à l'exception toutefois du numéro principal, qui permet d'atteindre l'ensemble des facultés et des services de l'institution (021 692 11 11).

*Pierre Ducrey, Recteur*

## Université de Neuchâtel

*Der neue Regierungsrat, der Alt-Rektor Jean Guinand, hält zum ersten Mal in seiner neuen Funktion eine Rede am Dies academicus – Neue Dekane: Prof. Denis Miéville (Geisteswissenschaften), Hans-Heinrich Nägeli (Naturwissenschaften), Daniel Haag (Recht und Wirtschaftswissenschaften), Pierre Bühler (Theologie) – Die Zahl der Studenten nimmt um 4,5% zu – Ein neues Studentenheim mit 46 Zimmern – Das «Zentrum für System-Studien» führt Kurse und Seminar durch, die auch für Mitglieder anderer Universitäten offen sind.*

Tandis que les habitudes demeurent les hommes changent. Le Dies était fixé au 6 novembre et il s'est déroulé conformément à la tradition. Sauf que le ci-devant professeur Jean Guinand y prenait la parole pour la première fois en tant que Conseiller d'État. Étrange transformation du même en un autre qui, pourtant, se demeure fidèle! Ancien recteur, il ne pouvait manquer de manifester sa connaissance intime de l'Université ainsi que son attachement.

De nouveaux doyens aussi: leur mandat est de deux ans si bien que deux séries de doyens épuisent un seul rectorat. Les professeurs Denis Miéville pour les lettres (logique), Hans-Heinrich Nägeli pour les sciences (informatique), Daniel Haag pour le droit et les sciences économiques (gestion financière), Pierre Bühler pour la théologie (théologie systématique, deuxième tour de service en tant que doyen!) assureront la conduite des Facultés pour la fin de la législature. Ils ont présenté les nouveaux docteurs honoris causa: Hans-Georg Bandi et Jules Vuillemin pour les lettres, Jean-Baptiste Donnet et Ernst Heer pour les sciences, Sandor Kovacs pour droit et sciences économiques et Gerhard Ebeling

pour la théologie. Et c'est le philosophe Jules Vuillemin qui a tenu le discours sur le thème: «Les philosophes et la pluralité des disciplines».

La cérémonie de remise des diplômes, avec une allocution du nouveau Conseiller d'État, s'est tenue une semaine plus tard.

700 nouveaux étudiants se sont présentés cette année: cela fait une centaine de plus au total, soit exactement 3183 dont 47,3% de femmes (accroissement global de 4,5%). Les programmes de mobilité ont incité un certain nombre d'entre eux à changer provisoirement de cadre: 13 PIC Erasmus sont en vigueur dans les diverses Facultés.

Un cours nouveau de français spécialement conçu pour les étudiants réguliers ou de mobilité non-francophones a été mis sur pieds par le Séminaire de français moderne et réalisé cet hiver, avec succès.

L'accroissement du nombre des étudiants est suivi de celui de l'offre de logements adéquats. La Fondation pour le Foyer des étudiants a pu inaugurer un nouveau bâtiment de plus de 6 millions de francs aux Sablons: 46 chambres et 62 lits. Avec la centaine de la Cité, les autres foyers d'accueil

et les autres projets en voie de réalisation, Neuchâtel est et demeurera bien dotée.

La Convention BENEFRRI signée entre chefs de Départements de l'Instruction publique des trois cantons il y a plus d'un an trouve ses premières réalisations concrètes dans des conventions de disciplines qui organisent pratiquement la coopération en chimie, géologie, biologie, informatique et linguistique française. D'autres, toutes les autres suivront.

Le recteur Denis Maillat est revenu d'un séjour en Afrique au mois de décembre membre du Conseil d'administration de l'AUPELF-UREF, l'association des universités francophones qui réunit 270 établissements et qui avait tenu son Assemblée à Abidjan.

Il a présidé le comité du Prix Vacheron-Constantin - destiné à récompenser des travaux enrichissant l'histoire de l'horlogerie - qui a décidé d'attribuer la somme prévue pour le prix, à titre d'encouragement, pour l'élaboration et la mise au point d'un Dictionnaire raisonné des horlogers neuchâtelois que l'Institut d'histoire réalise avec l'Institut l'Homme et le Temps du Musée de l'horlogerie de La Chaux-de-Fonds.

En décembre 1993, a été fondée *Fungus Engineering SA*, société chargée d'établir les liens entre les industries intéressées par la cultures des champignons forestiers et le Laboratoire de microbiologie de l'Université dirigé par le professeur Michel Aragno. En février de cette année, le professeur Denis Knoepfler inaugurerait à l'Hôtel de ville de Neuchâtel, l'exposition «Delphes» qui évoque un centenaire de fouilles réalisées par l'école française d'Athènes.

L'Université était associée à cette première (et unique?) helvétique.

Des colloques dépassant le cadre neuchâtelois ont bien sûr été convoqués durant ce semestre. Parmi eux relevons:

- le Symposium annuel de la Commission d'océanographie et de limnologie de l'Académie suisse des sciences naturelles, reçu par l'Institut de géologie le 22 octobre. Sujet: «Radionuclides dans les lacs et les Océans».
- «L'émergence et les ratés du penser», thème d'un colloque organisé par le Centre de Formation et de recherches appliquées en psychologie et sciences de l'éducation, les 29 et 30 octobre.
- Les 19 et 20 novembre la rencontre provoquée par le Séminaire de philosophie sur «Esprit, représentation, contexte: externalisme, internalisme.»

Le Centre Interfacultaire d'études systémiques (CIES), dirigé par le physicien Éric Schwarz, offre chaque année à tous les universitaires ses trois activités:

- le cours de 2h par semaine d'introduction à la pensée et à l'action systémique
- les séminaires - ateliers qui cherchent à approfondir et à appliquer
- les colloques au cours desquels on peut entendre des intervenants extérieurs provenant de fort diverses disciplines universitaires.

Bientôt une quatrième prestation viendra compléter le menu: un périodique «Reflets».

Le Département de calcul de l'Université consacre les rencontres de son Forum informatique aux éléments concrets des systèmes en exploitation dans notre Université.

Le Bulletin de l'Université de Neuchâtel (*Uni-Information*) a changé d'apparences et de présentation. Il revêt une couverture apparentée à celles des autres brochures et plaquettes de la maison. Son numéro (117) de février présente une quinzaine de textes

rassemblés auprès de collègues de toutes les Facultés par le professeur Pierre Bühler sur le thème de *L'éthique à l'Université*.

*Pierre-Luigi Dubied*

## Hochschule St. Gallen

*Au semestre d'hiver 1993/94, l'Université de Saint-Gall a compté 750 nouveaux étudiants immatriculés – 384 étudiants diplômés – licenciés et docteurs – ont fait leurs «adieux» au début du semestre, lors de la cérémonie des promotions – Pour la première fois, les étudiants ont entamé leur cursus selon le nouveau plan d'études et ont pu faire de nouveaux choix – Entre temps, le Sénat a attaqué la réforme du plan d'études des doctorants et la réforme de la procédure de nomination des professeurs.*

Noch vor Beginn des Unterrichts eröffneten gleich zwei «Auflagen» der St. Galler Forschungsgespräche das Wintersemester: Unter Leitung von *Felix Philipp Ingold* und *Werner Wunderlich* von der Kulturwissenschaftlichen Abteilung befasste sich das eine mit literarischer Autorschaft (Titel: «Der Autor im Dialog»), während sich das andere unter der Leitung von *Bernd Schips* und *Heinz Zimmermann* dem Thema «Recent theoretical and empirical developments in finance» widmete. Die Resultate beider Forschungsgespräche sollen ihren Niederschlag in Tagungsbänden finden, deren Publikation für 1994 geplant ist.

«Hat sich das HSG-Studium gelohnt?» hiess die Frage, die in der Promotionsrede zum Semesterauftakt stellvertretend für die 40 Doktor(inn)en und 344 Diplomand(inn)en gestellt wurde, die ihre Ur-

kunden entgegennehmen konnten. Dabei war zu erfahren, dass über 95 Prozent von befragten Ehemaligen, die ihr Studium vor über zehn Jahren an der Hochschule St. Gallen abgeschlossen haben, wieder in St. Gallen studieren würden. Ein Resultat, das die HSG-Verantwortlichen freut, zugleich aber verpflichtet, der Qualität der Ausbildung weiterhin alle Aufmerksamkeit zu schenken.

Ob sich das HSG-Studium auch für sie gelohnt hat, können die über 750 Neuimmatrikulierten dieses Semesters erst in einigen Jahren beantworten. Insgesamt sind 4169 Studierende eingeschrieben, das sind 22 mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Frauen liegt unverändert bei 19,3 Prozent, bei den Neuimmatrikulierten aber bei bisher unerreichten 22,1 Prozent. Ebenfalls mit diesem Semester haben erstmals Studierende die Lizentiatsstufe nach der

neuen, 1991/92 verabschiedeten Studienordnung begonnen. Dabei konnten sie verschiedene neue Vertiefungsgebiete wie «Klein- und Mittelunternehmen (KMU)», «Internationales Management», «Finanzen und Kapitalmärkte» oder «Ökonomie und Ökologie» und eine neue wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtung, nämlich «Informations- und Technologiemanagement» wählen. Diese Studienangebote nehmen neue Themen verstärkt auf und reagieren damit auf neue Bedürfnisse der Wirtschaftspraxis.

Zwei wichtige Ereignisse brachte das abgelaufene Semester auch im Bereich der Weiterbildung. Zum einen konnte Ende Oktober beim Bau des neuen Weiterbildungszentrums der HSG «Aufrichte» gefeiert werden. Ab Frühjahr 1995 werden dort die Weiterbildungsinstitutionen der Hochschule St. Gallen ihren Standort und ihr eigenes Seminar- und Tagungszentrum haben. Zum andern konnten im November an der HSG erstmals Zertifikate im europäischen Wirtschaftsrecht an 34 Absolventinnen und Absolventen der St. Galler Europarechtskurse EUR übergeben werden. Dank der internationalen Zusammensetzung der Dozentenschaft liegen für kommende Kurse sogar Anmeldungen aus EU-Ländern vor, was die Qualität dieses unter Leitung von *Carl Baudenbacher* stehenden Lehrgangs deutlich macht.

Der gemeinsamen Weiterbildung der Dozentinnen und Dozenten ist traditionell ein Wochenendseminar im Januar gewidmet. Diesmal befassten sie sich unter dem Ge-

neralthema «Positionierung der HSG» mit der vermehrten unternehmerischen Ausrichtung von Hochschulen. Arbeitsgruppen diskutierten Stärken und Schwächen der HSG in den Bereichen Internationalisierung, Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Qualitätskultur. Trotz der eher positiven (Ist-) Positionierung in den ausgewählten Problemfeldern wurden auch konkrete Massnahmen zur Verbesserung vorgeschlagen. Das Rektorat will die Resultate des Seminars aufnehmen und in geeigneter Form weiterverfolgen.

Der Senat befasste sich in diesem Semester mit mehreren gewichtigen Geschäften. Abgeschlossen und eingereicht wurde die Hochschulplanung 1996/99, zuhanden der Oberbehörde verabschiedet die Reform der Doktorandenstufe. Damit soll das Doktorandenstudium klar als eine «qualitativ hochwertige, forschungsorientierte Zusatzausbildung» positioniert werden, die eindeutig «auf wissenschaftliches Arbeiten und die Dissertation als Forschungsbeitrag» ausgerichtet ist. Erste Vorentscheide sind im Senat auch zur Reform des Berufungsverfahrens für Professoren gefallen. Schliesslich waren in diesem Semester im Senat die Rücktritte der Ordinarii *Ernst Höhn*, *Hans Loeffel* und *Carl Christian Freidank* und der Extraordinarii *Cuno Pümpin* (nimmt als Titularprofessor weiterhin Lehraufträge wahr) und *Claudio Soliva* zu verzeichnen.

*Georges Fischer, Rektor*

## Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

*L'extension des Départements de chimie et de matériaux sur le Hönggerberg constitue la toute première priorité de l'EPFZ – Une commission mise sur pied par la direction de l'Ecole élabore une nouvelle structure d'organisation de l'EPFZ – Lors des débats relatifs à la nouvelle ordonnance sur les professeurs, ces derniers se sont offusqués de la rigidité de la réglementation sur l'âge de retraite – Les futures directives sur les études à l'EPFZ doivent encore subir des améliorations essentielles.*

Die Zahl der neueintretenden Studierenden ins Wintersemester 1993/94 hatte gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zugenommen. Diese Zahl scheint sich an der Grenze von 2000 Neueintritten mit nur sehr kleinen Schwankungen zu stabilisieren. Kleine Verschiebungen zwischen einzelnen Fachbereichen sind nicht von Bedeutung. Auch die gesamte Zahl der Studierenden, Nachdiplom-Studenten und Doktoranden hat nochmals leicht zugenommen und liegt jetzt bei 11'444.

Die Vorarbeiten für die Erweiterung der ETHZ auf dem Hönggerberg sind in eine entscheidende Phase getreten, nachdem das Parlament dem Baukredit für die erste Bauetappe zugestimmt hatte. Wegen der Grösse des Bauvorhabens zur Unterbringung der Departemente Chemie und Werkstoffe musste eine Aufteilung in zwei Etappen akzeptiert werden. Obwohl bereits um die Baubewilligung bei der Stadt Zürich nachgesucht wurde, kann der ursprünglich vorgesehene Zeitrahmen für die Ausführung aber nicht eingehalten werden. Ein Bezug der ersten Bauetappe ist nicht vor dem Jahre 2000 möglich. Ein vor Bundesgericht hängiges Verfahren wegen des Einspruchs von Prof. A. H. Steiner, dem Architekten der ersten Bauten auf dem Hönggerberg, gegen das bestehende Pro-

jekt ist mit ein Grund für die Verzögerung. Die Organisationsstruktur der ETHZ soll neu überdacht werden, nachdem genügend Erfahrungen über die vor einiger Zeit neben den Abteilungen eingeführten Departemente vorliegen. Von der Schulleitung ist eine Kommission mit Mitgliedern aus dem Kreis der Professoren und der Mitarbeiter der Verwaltung unter dem Vorsitz von Prof. P. Schönsleben eingesetzt worden, die Vorschläge für eine effizientere Struktur ausarbeiten soll.

Die neue Dozentenverordnung beider ETH hat bei der Vernehmlassung in der Dozentenkommission zu ausgedehnten Diskussionen geführt. Der Einführung der Kategorie eines wissenschaftlichen Experten im Sinne einer zusätzlichen Beförderungsmöglichkeit für den akademischen Mittelbau wurde schliesslich zugestimmt. Vor allem die vorgesehene Reduktion des Rücktrittsalters auf 65 Jahre hat die Professoren intensiv beschäftigt. Aufgrund einer Umfrage der Subkommission für Besoldungsfragen wurde mehrheitlich die bisherige flexible Regelung eines frei wählbaren Rücktritts mit 65–67 Jahren bevorzugt. Gleichzeitig wurde der Wunsch geäussert, einen vorzeitigen Rücktritt ab 62 Jahren unter entsprechender finanzieller Anpassung der Leistungen zu ermögli-

chen. Trotz eines mit den Spitzen des ETH-Rates ausgehandelten Kompromisses scheint nun aber eine starre Grenze von 65 Jahren für das Rücktrittsalter beschlossen zu sein. Die sehr kurz angesetzten Termine für die Vernehmlassung haben die Arbeit der Dozentenkommission unnötig belastet.

Die vom ETH-Rat in die Vernehmlassung geschickten Richtlinien für das Studium an den ETH waren schlecht strukturiert und nachlässig abgefasst. Sie können ihren Zweck der Koordination zwischen den ETH und den Universitäten erst nach einer

umfangreichen Überarbeitung erfüllen. Die Dozentenkommission hat in ihrer Stellungnahme auf die den Studienbetrieb besonders belastenden Vorschriften wie die maximale Stundenzahl von Unterrichtsveranstaltungen pro Woche hingewiesen, die kaum den fachspezifischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Die Dozentschaft ist unangenehm berührt durch die hier wieder sichtbare Tendenz des ETH-Rates zu einer übertriebenen Reglementierung von oben. Die Kompetenz in Unterrichtsfragen darf den Dozenten nicht abgesprochen werden.

A. Bauder

## Universität Zürich

*Au semestre d'hiver 1993/94, le nombre d'étudiants a diminué de 9,5% par rapport aux 19'129 étudiants immatriculés l'année précédente – Mais actuellement, il est encore trop tôt pour tirer des conclusions définitives quant à ce recul marquant – Les moyens dont dispose l'Université ont vu leur valeur réelle diminuer durant l'année 1993. En 1994, ils verront en outre leur valeur nominale diminuer – En raison de cette situation, il faut comprendre des mesures telles que l'augmentation des taxes universitaires et la discussion sur une limitation des inscriptions ainsi que sur une réduction du temps d'études – Les instances universitaires internes se sont déterminées sur le concept «Uni 2000 – L'avenir de l'Université de Zurich» – Le 14 janvier 1994, le Sénat académique a demandé aux autorités supérieures d'entamer des discussions de base sur l'avenir de l'Université et d'adapter ses structures; il a de même requis qu'elles fassent, de concert avec l'Université et avec les instances politiques compétentes, les démarches nécessaires pour réaliser ces objectifs.*

### Statistik der Studierenden

Die Zahl der Studierenden hat im Wintersemester 1993/94 gegenüber dem Vorjahr markant um 2'008 auf 19'129 abgenommen (-9,5%). Die Abnahme betraf alle Fakultäten, am stärksten die Zahnmedizin (-15,5%) und die Wirtschaftswissenschaften (-13,6%), am geringsten die Veterinär-

medizin (-3,8%) und die Philosophische Fakultät II (-3,7%). Mindestens die Hälfte des Rückgangs des Gesamtbestandes der Studierenden lässt sich dadurch erklären, dass sich Immatrikulierte des Nachdiplomstudienbereichs nicht wieder eingeschrieben haben; dafür dürften vermutlich vor allem finanzielle Gründe verant-

wortlich gewesen sein (Erhöhung der Kollegiengeldpauschale, Aufhebung der Kollektiv-Mitgliedschaft in der Krankenversicherung für die Studierenden).

Während im Vorjahr die Zahl der Studienanfänger noch leicht zunahm, sank sie jetzt ebenfalls sehr eindrücklich um 231 auf 2'031 (-10,2%).

Eine abschliessende Interpretation dieser Ergebnisse ist im gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Es ist möglich, dass sich der demographische Bevölkerungsrückgang nun doch gegenüber den ihn früher überlagernden Faktoren (z.B. die Attraktivität des Studienplatzes Zürich) durchsetzt.

Gemessen an der Gesamtzahl der Immatrikulierten hat sich die Zahl der studierenden Frauen um 0,6% auf 45,7% erhöht.

### **Finanzen**

In den Voranschlagszahlen für das Jahr 1994 widerspiegelt sich die finanzielle Situation, in der sich die Universität befindet. Trotz der seit Wintersemester 1993/94 in Kraft gesetzten Erhöhung der Kollegiengeldpauschale werden die der Universität zur Verfügung stehenden Mittel sogar nominell für das Kalenderjahr 1994 abnehmen. Gegenüber dem Jahr 1992 bedeutet dies eine reale Verminderung der Betriebsmittel um 6%.

Die unumgänglichen Sparmassnahmen (Personalstop, Kürzungen bei den Institutskrediten und Lehraufträgen, Verzögerungen bei den Bauten) und die ungenügenden Einnahmen (Kürzung der Grundbeiträge gemäss Hochschulförderungsgesetz, eingeschränkte Beitragsleistungen der Kantone) wirken sich ungünstig auf die Qualität von Lehre und Forschung aus. Vor

diesem Hintergrund sind die ins Auge gefassten Massnahmen der Studienzeitbeschränkung bzw. der Zulassung zum Studium sowie die Erhöhung der Kollegiengeldpauschale und die Aufhebung der Unzumutbarkeitsklausel in der Ausländergebührenverordnung zu verstehen. Zudem wurde der Regierungsrat in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen aufgefordert, insbesondere vom Bund und den anderen Kantonen kostendeckende Beiträge für die ausserkantonalen Studierenden zu verlangen.

### **Entwicklungsplan**

Der am 9. November 1993 vom Senatsausschuss verabschiedete Entwicklungsplan der Universität Zürich 1994/96–1999 legt im Sinne der Vorgaben der Schweizerischen Hochschulkonferenz grosses Gewicht auf die Koordination innerhalb der Universität und mit den anderen schweizerischen Hochschulen sowie auf die Bildung von Schwerpunkten und interuniversitären Partnerschaften.

Der Erziehungsdirektor des Kantons Zürich und der Präsident der ETH haben eine Kommission «Koordination Universität-ETH» eingesetzt mit dem Auftrag, gemeinsame Bereiche zu evaluieren und Massnahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit vorzuschlagen.

### **Organisation**

Die Vernehmlassung zum Konzeptpapier «uni 2000 – Die Zukunft der Universität Zürich» ist abgeschlossen. Am 14. Januar 1994 richtete der Akademische Senat den folgenden Antrag an die Oberbehörden: «Die Universität Zürich beantragt den



Oberbehörden auf den Vorstoss zu grundsätzlichen Überlegungen über die Zukunft der Universität und zur Anpassung der Strukturen der Universität einzutreten und gemeinsam mit der Universität und den dafür zuständigen politischen Instanzen die für die Realisierung der formulierten Ziele notwendigen Schritte einzuleiten.» Von besonderer Dringlichkeit sind für die Universität neben der Schaffung klarer gesetzlicher Grundlagen die Massnahmen bezüglich der Erarbeitung eines bildungspolitischen Leitbildes, der Stabilisierung der Finanzierungsbasis der Universität, der Neuregelung der Bewirtschaftung der Ressourcen und der Neuordnung der Organisations- und Leitungsstruktur. Zudem beschloss der Senat, den Reformprozess inneruniversitär in Gang zu setzen und delegierte dessen Leitung und Koordination an den Senatsausschuss und an eine Projektleitung.

### **Fachhochschulen**

Die Universität Zürich nahm Stellung zum Entwurf des Bundesgesetzes über Fachhochschulen. Sie steht den Bestrebungen zur Neugestaltung im tertiären Bildungssektor positiv gegenüber. Die Hochschulen werden dadurch im Bereich der Berufsausbildung eine Entlastung erfahren und sich wieder verstärkt auf die akademische Lehre und Forschung konzentrieren können. Die Universität betont dabei aber die Notwendigkeit klarer funktionaler Abgrenzungen zwischen Hochschulen und Fachhochschulen. Es ist sicherzustellen, dass die Schaffung neuer Institutionen der tertiären Stufe nicht zu einer Verminderung der Mittel für die Hochschulen führt.

Die Universität lehnt jede Vermengung von Hoch- und Fachhochschulen ab, sowohl bezüglich des Auftrags und der Struktur als auch in bezug auf die Zulassungsbedingungen.

### **Bauliches**

Die dritte Ausbautappe der Universität Zürich-Irchel wurde planmässig abgeschlossen und auf das Wintersemester 1993/94 in Betrieb genommen. Damit konnte die geplante Verlegung der naturwissenschaftlichen Institute aus dem Zentrum auf das Irchel-Areal zum Abschluss gebracht werden.

Mit der Bewilligung eines Kredits von 42 Mio. Fr. ermöglicht der Kantonsrat die Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Zahnärztliche Institut und die kantonale Volkszahnklinik.

In den kommenden Jahren soll das Kollegengebäude im Zentrum grundlegend saniert werden.

Ein weiterer grosser Umbau ist an der Rämistrasse 74 geplant. Damit soll für die Rechtswissenschaftliche Fakultät dringend notwendiger Raum geschaffen werden.

### **Neue Institute**

Der Regierungsrat des Kantons Zürich und der Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschule haben eine Vereinbarung über die Gründung eines Instituts für Neuroinformatik der Universität Zürich und der ETH Zürich unterzeichnet. Das neue Institut wird sich insbesondere mit der Informationsverarbeitung im Zentralnervensystem sowie mit biotechnologischen Anwendungen der Integration von elektroni-

schen Komponenten und neuronalen Strukturen befassen. Das Institut ist organisatorisch an die Medizinische Fakultät sowie die Philosophische Fakultät II und an die Departemente Biologie, Elektrotechnik, Informatik und Physik der ETH Zürich angegliedert. Die Finanzmittel werden zu einem grossen Teil aus dem Schwerpunktprogramm Biotechnologie des Bundes fliessen.

Weiter wurde ein Institut für Umweltwissenschaften geschaffen, welches in Zusammenarbeit mit anderen Instituten die Fachbereiche Umweltforschung und Umweltlehre tragen wird. Dem Institut, das der Philosophischen Fakultät II zugehört, soll dabei eine Koordinations- und Integrationsfunktion zukommen.

Beide neuen Institute sind interdisziplinär angelegt und sind auch Teil der gesamt-

schweizerischen Koordination und Schwerpunktbildung. Alle universitären Stellen für die beiden Institute werden durch interne Umverteilungen freigestellt.

### **Mobilitätsförderungsprogramm**

Das schweizerische Mobilitätsförderungsprogramm hat weiterhin an Attraktivität gewonnen. Im Wintersemester 1993/1994 nahmen insgesamt 290 Studierende die Gelegenheit wahr, ein oder zwei Semester an einer anderen Schweizer Hochschule zu verbringen. Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen bestehen für verschiedene Fachgebiete und weitere Vereinbarungen sind in Vorbereitung.

*Dr. H.P. Meister, Universitätssekretär*